



POLITISCHE REFORMEN

- KOMMENTAR
 Staatliche Parteienfinanzierung. Echte oder imitierte Reform? 2
 Von Miriam Kosmehl (Büro der Naumann Stiftung, Kiew) und
 Andreas Umland (Institut für Euro-Atlantische Kooperation, Kiew)
 - ANALYSE
 Die regionalen Parteien in der Ukraine. Lokale Spieler in der großen Politik 8
 Von Switlana Konontschuk (Ukrainian Center for Independent Political Research –
 UCIPR, Kiew)
 - ANALYSE
 Lokale Demokratie in ukrainischen Städten.
 Bürgerbeteiligung und die Ansprechbarkeit der lokalen Behörden 11
 Von Aadne Aasland (Norwegisches Institut für Stadt- und Regionalforschung – NIBR,
 Oslo) und Oleksii Lyska (Wirtschaftsuniversität Charkiw)
-
- CHRONIK 20
 10. – 23. Oktober 2016

Staatliche Parteienfinanzierung. Echte oder imitierte Reform?

Von Miriam Kosmehl (Büro der Naumann Stiftung, Kiew) und Andreas Umland (Institut für Euro-Atlantische Kooperation, Kiew)

Zusammenfassung

Finanzstarke Parteiprojekte dominieren die ukrainische Politik und werden von ihren Initiatoren je nach Interessenlage eingesetzt oder, bei Misserfolg, aus dem Verkehr gezogen. Neue, reformorientierte politische Kräfte, die Interessen von Bürgern vertreten möchten, denen aber das Geld fehlt, haben es – wegen der teuren ukrainischen Wahlkämpfe – schwer sich zu etablieren. Seit dem 1.7.2016 ist in der Ukraine ein neues Gesetz in Kraft, das staatliche Parteienfinanzierung regelt und insbesondere neuen politischen Bürgerparteien mit einem finanziellen Grundstock die Basisarbeit ermöglichen soll. Im letzten Moment vor der Abstimmung wurde es jedoch verwässert: Bis nach der nächsten landesweiten Parlamentswahl erhalten zunächst nur jene Parteien finanzielle staatliche Unterstützung, die es bei der letzten Wahl 2014 über die Fünfprozenthürde geschafft haben. Diese Übergangsregelung sorgt dafür, dass kleine und neu gegründete Oppositionsparteien zunächst nicht von staatlicher Parteienfinanzierung profitieren – sondern erst, wenn und nachdem sie bei der nächsten Wahl mehr als zwei Prozent der Stimmen erhalten. So verschafft das Gesetz nun, anders als ursprünglich beabsichtigt, hauptsächlich ohnehin finanzstarken Parteiprojekten nicht nur Aufschub vor neuer politischer Konkurrenz, die sich nach der Revolution der Würde zunehmend formiert, sondern bringt ihnen gar zusätzliches Geld aus der Staatskasse. Parteien neuer Bürgervertreter mit ernsthaften Reformabsichten brauchen deshalb einen langen Atem und die Unterstützung internationaler Partner.

Einleitung

Seit dem Sieg der sogenannten Revolution der Würde 2014 befindet sich die Ukraine in einem schwierigen Transformationsprozess. Die ehemalige Sowjetrepublik versucht, fundamentale Reformprogramme parallel in den verschiedensten Bereichen durchzuführen – und das, nachdem Russland die Krim besetzt hat und gleichzeitig an der Ostgrenze ein hybrider, aber blutiger Krieg nicht aufhört. Mit bislang unterschiedlichen Erfolgsbilanzen wurden Reformen in Angriff genommen in den Bereichen: Streitkräfte und Militär, Recht und Justiz, Gesundheitswesen, Hochschulbildung, Außenwirtschaftsbeziehungen, im Bankensektor und Sicherheitsapparat sowie in der öffentlichen Verwaltung und lokalen Selbstverwaltungsorganen. Ein zentraler Bereich ist auch die Neuordnung des Parteiensystems – eine Veränderung, die darauf abzielt, an die Stelle des spezifisch postsowjetischen neopatrimonialen Regierungssystems der Ukraine ein nationales Parlament und regionale sowie lokale Repräsentativorgane mit funktionsgerecht organisierten und transparent finanzierten Volksvertretern zu setzen.

Interessengruppen als inoffizielle Vetomächte

Für Beobachter der postkommunistischen »virtuellen Politik« (so Andrew Wilson in seinem wegweisenden Buch mit gleichem Titel), ist ein Kernproblem im öffentlichen Leben der Ukraine die Abhängigkeit politischer Parteien von den berüchtigten »Oligarchen«. Organisa-

tionen, die eher Lobby-Arbeit für verschiedene Finanz- oder Industriegruppen machen, nehmen als sog. »Parteien« oder »Vereinigungen« an Wahlen teil. Politische Positionen und Weltanschauungen sind häufig auf Schlagwörter reduziert. »Liberalismus« oder »Konservatismus« und »Sozialismus« oder »Patriotismus« werden meist beliebig benutzt. Die gewählten Volksvertreter nutzen den Zugang zu nationalen, regionalen oder lokalen Parlamenten, um Partikularinteressen einzelner Mächtiger durchzusetzen. Ihr Einfluss ist nicht auf die Parlamente begrenzt. Sie schleusen Gefolgsleute ihrer »Sponsoren« in Staatsbetriebe und sonstige Machtpositionen des Staates ein. Der Versuch, dies im nach dem Euromaidan neubesetzten Wirtschaftsministerium zu tun, führte Anfang 2016 zum Protest des reformorientierten, aus Litauen stammenden Minister Aivaras Abromavičius und zu seinem Rücktritt – samt anschließender Regierungskrise.

In der Konsequenz dienen viele ukrainische Gesetze nicht dem Gemeinwohl, sondern der Sicherung dieser oder jener Interessen der ukrainischen Wirtschaftselite. Die Besetzung von Ämtern in Ministerien und anderen staatlichen Agenturen basiert häufig weder auf Professionalität noch auf der ideologischen Provenienz der Kandidaten, sondern hängt mit wechselseitigen persönlichen Abhängigkeiten zusammen oder folgt gar simplem Nepotismus. Die regionalen wie auch die nationalen Regierungen der Ukraine formieren sich nicht als Koalitionen sich ideologisch nahestehender Programmparteien, sondern sind im Kern zeitlich begrenzte

Zweckbündnisse verschiedener finanzstarker Interessensgruppen. Tausende bestochene Parteifunktionäre, korrupte Politiker und Bürokraten, Pseudo-Journalisten, sogenannte »Politotechnologen«, Scheinaktivisten und gekaufte Experten werden landesweit von Oligarchen unterhalten, um dieses spezifische Regierungssystem am Leben zu erhalten und es bei Bedarf an nationale und internationale Veränderungen anzupassen – so auch unter den neuen Bedingungen nach dem Euromaidan.

Volatilität bei ukrainischen Parteien

Eine besonders augenfällige Folge dieses problematischen Zustandes ist, dass die ukrainische Parteienlandschaft sich permanent verändert. Parteien werden häufig neu gegründet und dann wieder aufgegeben, steigen heute auf und verschwinden morgen spurlos. Eine Partei mag über ein, zwei oder drei Legislaturperioden prominent im Parlament und öffentlichen Leben vertreten sein, wird dann jedoch, wenn sie Zuspruch verliert, durch gänzlich neue oder alte wiederbelebte Projekte ersetzt. Einzige Ausnahme dieser Regel bildete bis vor kurzem die Kommunistische Partei der Ukraine, welche über 20 Jahre permanent im Parlament präsent war. Allerdings ist inzwischen auch die KPU in Folge ihres Misserfolgs bei den letzten Wahlen 2014 und im Zuge der anschließenden »Dekommunisierung« womöglich auf Dauer von der politischen Landkarte verschwunden.

Die symptomatische Instabilität und fortgesetzte Diskontinuität der ukrainischen Parteienlandschaft zeigte sich auch bei der letzten Parlamentswahl im Oktober 2014. Mit der Vaterlandspartei Julia Timoschenkos (»*Batkivschtschyna*«) zog nur eine mehr oder weniger etablierte Partei in das nationale Parlament der Ukraine ein. Alle anderen Parteien, die in der Verhältniswahl über die Fünf-Prozent-Hürde kamen, sind mehr oder minder neue politische Projekte – manche erst wenige Monate vor der Wahl gestartet oder wiederbelebt. Auch die beiden Gewinner der Parlamentswahl 2014, die Partei »Solidarität« – Block Petro Poroschenko und Arsenij Jazenjuks »Volksfront«, wurden u. a. von Politikern bzw. sog. »Politiktechnologen« der älteren Parteien »Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen« (UDAR) und »Front des Wandels« erst kurz vor der Wahl ins Leben gerufen. Die Organisation neuer Parteien unmittelbar vor Wahlen wird durch große und überwiegend intransparente Geldtransfers der berüchtigten »Oligarchen« oder anderer Sponsoren ermöglicht, die über großangelegte Wahlkampagnen die neuen Parteiprojekte in der Öffentlichkeit bekannt machen.

Repräsentiert das postrevolutionäre Parlament die neue Ukraine?

Trotz der an und für sich erfolgreichen Revolution der Würde weist daher das erste postrevolutionäre Parla-

ment – ungeachtet seiner scheinbar neuen Fraktionen – auffällige strukturelle Ähnlichkeiten mit der ukrainischen Parteienlandschaft vor dem Euromaidan auf. Einen gewissen positiven Unterschied machen bisher vor allem jene meist relativ jungen Abgeordneten aus der ukrainischen Zivilgesellschaft, die neu im politischen Geschäft sind, noch nicht politisch organisiert antraten und nun zum Großteil in der interfraktionellen Vereinigung »Euro-Optimisten« vereint sind. Sie zogen meist über Listen unterschiedlicher Parteien im Rahmen eines spezifischen post-Maidan »trade-off« mit den alten Eliten ins Parlament ein. Der postrevolutionäre Deal von 2014 bestand darin, dass die Aktivisten ihr positives Image der jeweiligen Partei im Austausch gegen einen sicheren Listenplatz zur Verfügung stellten. Die daran anschließende begrüßenswerte Veränderung in der Zusammensetzung des heutigen ukrainischen Parlaments hatte jedoch bislang keine größeren Konsequenzen für das immer noch neopatrimoniale politische System der Ukraine, da die Jungparlamentarier erst beginnen sich parteipolitisch zu organisieren.

Neu in Kraft: Staatliche Parteienfinanzierung seit 1.7.2016

Vor diesem ernüchternden Hintergrund führte nun das Parlament die staatliche Parteienfinanzierung ein – eine seit vielen Jahren diskutierte Reform, deren Umsetzung jedoch erst nach der Revolution der Würde ernsthaft begonnen wurde. Mit dieser Reform verbindet sich die Hoffnung auf transparentere und gerechtere Bedingungen für den Wettbewerb ukrainischer Politiker und Parteien. Allerdings ist die ukrainische öffentliche Meinung zu staatlicher Parteienfinanzierung gespalten. Nicht nur die Parteifunktionäre undurchsichtig finanzierter politischer Projekte sind gegen die Reform der Parteienfinanzierung. Auch viele einfache Bürger kritisieren, dass ohnehin schon zu viele Finanzmittel in der ukrainischen Politik zirkulieren und finden den Ansatz, dass der Staat weitere Steuergelder hinzufügt, absurd.

In einer landesweiten Umfrage vom November 2015 wurden Bürger vom Razumkow-Zentrum befragt, wer ihrer Meinung nach politische Parteien finanzieren solle. Nur 13 % der Befragten sprachen sich für eine staatlich geregelte Parteienfinanzierung aus, während die meisten Befragten einer Finanzierung durch die Parteiführung (40 %), Parteimitglieder (40 %) oder »Unterstützer« (31 %) den Vorzug gaben. 14 % sagten gar, dass Geschäftsleute Parteien finanzieren sollten. Bei der Frage, ob der Staat künftig diese Rolle übernehmen solle, widersprachen 76 % gegenüber nur 15 %, die dafür waren.

Wie in anderen postsowjetischen Staaten gibt es auch in der Ukraine wenig Verständnis dafür, dass finanzielle

Unabhängigkeit politischer Parteien notwendig ist, um der gängigen Praxis des »state capture« Herr zu werden und zu verhindern, dass große Teile des Staates von privaten Interessengruppen kontrolliert bzw. instrumentalisiert und staatliche Ressourcen auf der Basis klientelistischer Netzwerke verteilt werden. Nur wenn Parteien finanziell unabhängig sind, können sich neue politische Kräfte herausbilden, welche glaubwürdig das Gemeinwohl im Auge haben.

Im Oktober 2015 verabschiedete das ukrainische Parlament das Gesetz Nr. 731-19 »Über die Einführung bestimmter Veränderungen in legislative Akte der Ukraine zur Verhinderung und Abstellung von politischer Korruption«. In seiner ursprünglichen Fassung sah der Gesetzentwurf staatliche Finanzierung für Parteien vor, die bei der jeweils letzten Wahl mehr als 3 % Zustimmung im Rahmen des Verhältniswahlrechts erhielten. Zu diesen im Oktober 2014 erfolgreichen, aber dennoch etablierten Parteien, die es bei der letzten Parlamentswahl mit Ergebnissen zwischen 3 % und 5 % der Stimmen nicht ins Parlament geschafft haben, zählen radikale Organisationen wie die Kommunistische Partei und die ultra-nationalistische »Freiheit«, aber auch Anatolij Hryzenkos pro-demokratische »Bürgerposition«, die in einem (inoffiziellen, weil offiziell verbotenen) Bündnis mit der ebenfalls angesehenen »Demokratischen Allianz« angetreten war. Beide Organisationen priorisieren weit glaubhafter als die Establishment-Parteien den Kampf mit der Korruption und werben um Unterstützung des schwachen ukrainischen Mittelstandes.

Verzögerte Anpassung zugunsten großer Parteiprojekte des alten Systems

Der Gesetzentwurf wurde jedoch in letzter Minute wesentlich verändert – entweder auf Druck der Regierung bzw. der Präsidialverwaltung und/oder aufgrund innerparlamentarischer Manipulationen. Das nun gültige Gesetz sieht im Rahmen einer bis zur nächsten Parlamentswahl geltenden Übergangsregel vor, dass nur Parteien, die 2014 bei der Parlamentswahl den Einzug ins Parlament geschafft haben (also mindestens 5 % der Stimmen erhielten), ab Juli 2016 von staatlicher Finanzierung profitieren. Sie erhalten einen nach folgender Formel errechneten Betrag: der aktuelle ukrainische Mindestlohn, multipliziert mit dem Faktor 2, mal dem Anteil der Listenstimmen nach Verhältniswahlrecht. Alle Parteien, die weniger als 5 % nach Verhältniswahlrecht erzielten, erhalten bis zur nächsten Wahl keinerlei staatliche Unterstützung. Erst wenn sie bei der nächsten Parlamentswahl mehr als 2 % Zustimmung erzielen, erhalten sie im Anschluss an diese Wahl staatliche Unterstützung nach der angeführten Formel.

So werden alle Parteien, welche bei der nächsten, regulär für 2019 angesetzten Wahl, mehr als 2 % erzielen, staatliche Finanzierung erhalten. Zusätzlich kann eine Partei einen Teil der Wahlkampfkosten für die Parlamentswahl erstattet bekommen, wenn sie mindestens 2 % der Stimmen nach Verhältniswahlrecht erhält. Parteien, die bei der nächsten Rada-Wahl auf mindestens 2 % der Stimmen nach Verhältniswahlrecht kommen, werden demnach von beiden Formen staatlicher Bezuschussung profitieren können.

Bis zu den nächsten Wahlen gilt jedoch die Übergangsregelung, nach welcher nur Parteien, welche 2014 über 5 % erhielten, von staatlichen Zuschüssen profitieren. Demnach erhält Jazenjuks »Volksfront« 84.970.457 Ukrainische Griwna (etwa 3 Mio. Euro) reguläre staatliche Finanzierung, da sie 2014 über 20 % der Stimmen nach Verhältniswahlrecht erhielt. Dass die Umfragergebnisse der Partei inzwischen nur noch bei 1–2 % liegen, Jazenjuk als Regierungschef im Frühjahr 2016 zurücktreten musste und die Partei womöglich bei den nächsten Wahlen von der politischen Bühne verschwinden wird, bleibt dabei unberücksichtigt. Auch die neue Partei des derzeitigen ukrainischen Präsidenten, »Solidarität« – Block Petro Poroschenko, erzielt in Meinungsumfragen nur noch einstellige Ergebnisse – profitiert aber nun mit 83.738.022 Ukrainischen Griwna (ebenfalls etwa 3 Mio. Euro) von erheblicher staatlicher Finanzierung.

Ein weiterer Neuling im Parlament ist die Partei »Selbsthilfe« des Oberbürgermeisters von Lwiw, Andrij Sadowij. Sie entwickelte sich aus einer gleichnamigen galizischen Nichtregierungsorganisation und gilt für viele reformorientierte Ukrainer als unabhängigere Alternative zu den neuen Parteiprojekten der Altpolitiker Jazenjuk und Poroschenko. Bei den Wahlen 2014 erzielte »Selbsthilfe« nach dem Verhältniswahlrecht 11 % und erhält somit 42.125.0141 Griwna (ca. 1,5 Mio. Euro). Maximal kann eine Partei den für das Wahljahr festgelegten Mindestlohn multipliziert mit 100.000 bekommen, was derzeit etwa 145.000.000 Griwna oder 5,3 Millionen Euro entspricht.

Reformabsicht ja, Reformziel aber zunächst verfehlt

Anatolij Hryzenkos anti-oligarchische »Bürgerposition« erzielte hingegen 3,1 % und schaffte es damit nicht ins Parlament. Nach dem neuen Gesetz bekommt die Partei so bis zur nächsten Wahl keine finanziellen Mittel vom ukrainischen Staat. Und das ungeachtet dessen, dass Hryzenko bei einer Meinungsumfrage im Auftrag des International Republican Institute im Juni 2016 mehr Zustimmung erhielt (25 %) als Poroschenko (19 %) oder Jazenjuk (6 %). Seine Partei »Bürgerposition« unterstütz-

ten in derselben Umfrage 2 % aller Befragten und 3 % aller wahrscheinlichen Wähler. Der Poroschenko-Block kam auf 7 % aller Befragten bzw. 11 % aller wahrscheinlichen Wähler. Für Jazenjuks Volksfront, die nach den neuen gesetzlichen Regelungen ab 1.7.2016 den größten Anteil an der Staatsfinanzierung erhält, sprachen sich jeweils nur noch 1 % von allen bzw. den wahrscheinlichen Wählern aus.

Die politische Wirkung der jetzigen Übergangsregelung des an und für sich guten neuen Gesetzes ist deshalb höchst ambivalent. Bis zur nächsten Parlamentswahl erhalten gerade jene alten politischen Kräfte finanzielle Unterstützung vom Staat, denen Einflussnahme seitens der Oligarchen vorgeworfen wird und die staatliche Hilfe kaum benötigen, während weit weniger finanzstarke Oppositionsparteien bzw. neue politische Bündnisse zunächst außen vor bleiben. Bezeichnenderweise hat der – aus der »Partei der Regionen« von Ex-Präsident Viktor Janukowitsch hervorgegangene und besonders stark oligarchisch geprägte – »Oppositionsblock« auf die ihm eigentlich zustehende staatliche Unterstützung verzichtet.

Bis zu den nächsten Wahlen wird somit der überwiegende Teil der staatlichen Finanzierung nach der neuen Gesetzeslage an die politischen Projekte vorrevolutionärer politischer Kräfte unter Leitung der Alt-Politiker Poroschenko und Jazenjuk gehen. Der ukrainische Staat wird zudem vor allem politische Gruppierungen unterstützen, die innerhalb der letzten zwei Jahre den Rückhalt in der Bevölkerung verloren haben. Das neue Gesetz wirkt daher zumindest derzeit dem ursprünglich anvisierten Ziel entgegen, sinnvollen politischen Wettbewerb zu ermöglichen, der weniger als bislang von unbotmäßiger Einflussnahme privater Interessen geprägt ist. Die komfortable finanzielle Lage der Parteiprojekte der alten politischen Klasse steht in starkem Kontrast zu jener der neuen politischen Organisationen, die nicht oder weit weniger von privaten Geschäftsinteressen gesteuert werden, etwa die erwähnte »Bürgerposition«, die »Demokratische Allianz« oder eine ähnliche Postmaidan-Partei mit guter Reputation namens »Kraft des Volkes« (Syla Ljudei).

Diese jungen, überwiegend von der Bürgergesellschaft unterstützten Parteien, haben begonnen, die etablierten politischen Eliten herauszufordern, zuletzt etwa bei den landesweiten Kommunalwahlen Ende 2015. Bereits 2014 hatte die »Bürgerposition« in Umfragen vor der Parlamentswahl im zweistelligen Bereich gelegen. Ein oligarchenkontrolliertes TV-Programm sendete jedoch im Wahlkampf massiv Korruptionsvorwürfe gegen ihren Vorsitzenden Hryzenko, so dass das Wahlergebnis der »Bürgerposition« letztlich nur 3,1 % betrug. Zwar konnte Hryzenko etwa eineinhalb Jahre

später die Vorwürfe gerichtlich entkräften. Das änderte aber nichts mehr am Wahlergebnis.

Die alte Garde spielt auf Zeit

Die das nach-revolutionäre Parlament dominierenden alten politischen Kräfte der Parteien »Solidarität« – Block Petro Poroschenko, »Volksfront« und »Oppositionsblock« repräsentieren das vorrevolutionäre Pseudo-Parteiensystem, welches eigentlich durch das neue Gesetz verdrängt werden sollte, nun jedoch durch die heutige Verteilung der Staatsfinanzierung fortgeführt wird. Geld ist und wird zudem gar kein Problem für diese politischen Projekte alten Stils sein, da sie von Oligarchen traditionell unterstützt werden. Zukünftige Anwärter für das staatliche Unterstützungssystem müssen vielmehr bei der regulär für 2019 angesetzten Parlamentswahl zunächst ohne jedwede Staatshilfe eine Wählerunterstützung von 2 % erreichen, um im Anschluss Staatsfinanzierung zu erhalten. Und sie müssen bei diesen Wahlen mit den bereits teils staatlich subventionierten und von Oligarchen kofinanzierten alten Establishment-Parteien konkurrieren. Nur wenn die neuen Postmaidan-Parteien in diesem Wettbewerb bestehen und zumindest die 2%-Hürde überwinden, haben sie eine Chance, sich mit Hilfe anschließender staatlicher Unterstützung nachhaltig zu organisieren sowie substantiell zu vergrößern. Sie könnten sich dann auf die darauf folgende Parlamentswahl, derzeit für 2024 angesetzt, adäquat vorbereiten.

Intransparente Wahlkampffinanzierung als weitere Herausforderung

Ein weiterer Kritikpunkt an der Reform ist, dass das neue Gesetz nur regelt, dass und in welcher Höhe Parteien staatliche Mittel erhalten. Nicht thematisiert werden Strafen für den Fall, dass zusätzliche Geldquellen verschwiegen oder Parteiausgaben nicht vollständig offengelegt werden. Das Gesetz trägt so nicht dem in den postsowjetischen Ländern besonders gravierende Problem der mangelnden Transparenz der Quellen und genauen Beträge privater Wahlkampffinanzierung Rechnung. Nationale Wahlkampagnen in der Ukraine gehören, trotz der Armut des Landes, zu den kostspieligsten der Welt. Zudem stammen die Gelder zu einem großen Teil aus der Schattenwirtschaft.

Zwar wurde schon versucht, das Problem der Parteispenden in einem früheren Gesetz aus dem Jahr 2001 »Über die politischen Parteien in der Ukraine« zu lösen. Aber das Gesetz spielte in der politischen und rechtlichen Praxis des Landes seither keine Rolle. Wie in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens postsowjetischer Staaten, klafft eine große Lücke zwischen

den offiziellen Gesetzestexten und ihrer tatsächlichen Umsetzung. Bis jetzt gab es keine nennenswerten Versuche, zweifelhafte Parteienfinanzierung aufzudecken oder gar strafrechtlich zu verfolgen. Das Problem wird dadurch verschlimmert, dass die Fernsehberichterstattung in der Ukraine traditionell viel Einfluss auf Wahlergebnisse ausübt sowie Wahlwerbung in Massenmedien nicht geregelt und für Geld in beliebigem Ausmaß erhältlich ist. Daher wäre es – wie es derzeit im Parlament zumindest diskutiert wird – von Vorteil, das neue Gesetz zur Parteienfinanzierung dahingehend zu ergänzen, den Umfang politischer Werbung im Fernsehen während der Wahlkampfperioden zu regulieren. Aufgrund der herrschenden Mehrheitsverhältnisse, wo eine Koalition aus dem Poroschenko-Block, der »Volksfront« und ihren Verbündeten den Kurs vorgibt, stehen die Chancen für eine solche zusätzliche gesetzliche Regelung allerdings bislang schlecht.

Wahlrechtsreform: Zwei Jahre Versprechen – und nichts ist passiert

Neben anderen führenden Politikern hat Poroschenko seit 2014 wiederholt die Einführung eines vollständig auf dem Verhältniswahlrecht basierenden Wahlsystems mit offenen Kandidatenlisten versprochen, die es dem Wähler ermöglichen würden, auf die persönliche Zusammensetzung der Parteifractionen im Parlament direkt Einfluss zu nehmen und damit die von Oligarchen unterwanderten Parteiapparate wenigstens teilweise zu entmachten. Die gegenwärtig noch zur Bestimmung der Hälfte der Abgeordneten stattfindenden Direktwahlen in Mehrheitswahlkreisen ist unter den spezifischen Bedingungen postsowjetischer Politik ein Einfallstor für Machtkonzentration und politische Korruption (wie jüngst auch die Duma-Wahlen in Russland demonstrierten).

Da Medien, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft in der ukrainischen Provinz weniger entwickelt sind als in Kiew, gewinnen Wahlkreiskandidaten häufig mittels des Einsatzes sog. »administrativer Ressourcen« und verschiedener anderer Manipulationsinstrumente ihre Sitze. Infolgedessen sind sie mehr noch als die Listenkandidaten von Geldgebern und nicht von ihren Wählern abhängig. Die lokalen Sponsoren »unterstützen« die Wahl ihrer Favoriten nicht nur mit Geldspritzen, sondern auch mittels Steuerung lokaler Medienberichterstattung oder Drucks auf Arbeitnehmer bestimmter Unternehmen. Auch das Sammeln von kompromittierenden Informationen über die Wahlkreiskandidaten (sog. »Kompromat«) und andere »politische Technologien« werden zur Kontrolle und Instrumentalisierung von Parlamentariern eingesetzt.

Einbettung in die Umsetzung weiterer wesentlicher Reformen

Zu guter Letzt hängt eine stabile und funktionstüchtige Parteienlandschaft in der Ukraine nicht nur von neuen Gesetzen zum Parteien- und Wahlsystem ab. Die Schaffung einer langfristig stabilen und nachhaltig funktionalen Parteienlandschaft ist mit dem Erfolg des gesamten Transformationsprozesses verknüpft. Sollte insbesondere die Rechts- und Justizreform nicht umgesetzt werden, wird es in den nächsten Jahren keine adäquaten Aufsichtsbehörden geben, die das Verhalten der Parteien kontrollieren. Von den neuen, speziell zur Korruptionsbekämpfung eingerichteten Strukturen, etwa dem Nationalen Antikorruptionsbüro und der Nationalen Agentur zur Prävention von Korruption, aber auch von der Tätigkeit des Rechnungshofes, wird abhängen, ob die neuen Regelungen zum Parteienwesen effektiv sein und dazu führen werden, dass aus Respekt vor möglicher Strafverfolgung unbotmäßige Einflussnahme der Oligarchen substantiell zurückgeht.

Wie die Bürgergesellschaft Kurs in Richtung Demokratie halten kann

Trotz des bislang ambivalenten Charakters der Reform der Parteienfinanzierung sollte nicht vergessen werden, dass die Ukraine – neben Georgien – zu den beiden am weitesten entwickelten Demokratien unter den einstigen Gründungsrepubliken der UdSSR gehört. Während politischer Wettbewerb und Wahlen in vielen anderen postsowjetischen Ländern weitgehend politisches Theater darstellen, umfasst die ukrainische Politik ein Sammelsurium politischer Praktiken, in welchem sich verdeckte Lobbyarbeit und arglistige Reformverhinderung mit tatsächlichen Reformen und politischer Programmimplementierung mischen. Wahlen und Parteien sind in der Ukraine keine ausschließlich vorgetäuschten Institutionen und nehmen ihre sozialen Funktionen zumindest teilweise wahr.

Ukrainische Wahlen sind aufgrund der finanziellen Einflussnahme verschiedener Oligarchen zwar manipulierte politische Prozesse. Dennoch verleihen sie dem Wählerwillen zumindest in mancher Hinsicht Ausdruck, wenngleich er durch Korruption der Parteien und Medien fehlgeleitet wird. Der Ausgang ukrainischer Wahlen ist, im Unterschied zu vielen anderen postsowjetischen Staaten, nicht vorhersehbar. Anders als beispielsweise das vom Kreml arrangierte und weitgehend einflusslose Parteiensystem der russischen Staatsduma, bestimmen die zwar oligarchisch manipulierten, jedoch frei gewählten ukrainischen Parlamentsparteien den Verlauf der Gesetzgebung und nehmen auf die Tätigkeit der ausführenden Gewalt erheblichen Einfluss.

All dies bedeutet, dass die Zivilgesellschaft der Ukraine, unterstützt von ihren ausländischen Freunden, die nächsten Jahre wird hart kämpfen müssen, um die Mängel im Parteiensystem und in den Gesetzen zu kompensieren, bis sich die Lage nach 2019 (oder im Falle einer vorgezogenen Parlamentswahl vorher) graduell verbessert. Da die Mehrheit der jetzigen politischen Elite sich der Bestrebung, das Parteiensystem neu zu ordnen, widersetzt, sollten Bürgeraktivisten, investigative Journalisten, prodemokratische Stiftungen sowie westliche Geberorganisationen ihre Aktionen eng koordinieren.

Wenn sie gemeinsam unrechtmäßiger Einflussnahme auf Parteien und Wahlen entgegenwirken und die gravierendsten Verstöße öffentlich anprangern, ihnen vorbeugen oder sie sogar verhindern, werden die Auswirkungen der Manipulation politischer Prozesse in der Ukraine durch Oligarchen, korrupte Bürokraten, verantwortungslose »Polittechnologien« und gekaufte Politiker beschränkt bleiben. In diesem Falle dürfte sich die Ukraine in etwa zehn Jahren auf ein mehr oder weniger funktionierendes Parteiensystem mit transparenten Wahlen stützen können.

Über die Autoren

Miriam Kosmehl, LL. M. (Utrecht) sowie 1. / 2. Juristisches Staatsexamen (Freiburg & Düsseldorf), ist Leiterin des Büros der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit in der Ukraine und Belarus.

Andreas Umland, Dr. phil. (FU Berlin), Ph. D. (Cambridge), ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Euro-Atlantische Kooperation Kiew und Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« des *ibidem*-Verlags Stuttgart.

Die Autoren bedanken sich bei Viktor Taran dafür, dass er sein profundes Hintergrundwissen mit ihnen geteilt hat. Taran ist Vorsitzender des Eidos-Zentrums, einer in Kiew ansässigen NRO, die die zivilgesellschaftliche Koalition »Parteienfinanzen unter Gemeinschaftskontrolle!« koordiniert.

Eine frühere Version des Beitrags ist auf Englisch erschienen: Ukraine Introduces State Financing for Political Parties. A Promising Reform or Cosmetic Change? In: *Harvard International Review*, 30. August 2016. <<http://hir.harvard.edu/ukraine-introduces-state-financing-political-parties-promising-reform-cosmetic-change/>>.

Lesetipps

- Kostyantyn Fedorenko, Olena Rybiy & Andreas Umland: The Ukrainian Party System Before and After the 2013–2014 Euromaidan. In: *Europe-Asia Studies*, Bd. 68, H. 4, 2016. S. 609–630.
- Oxana Huss: The Perpetual Cycle of Political Corruption in Ukraine and Post-Revolutionary Attempts to Break Through It. In: Olga Bertelsen (Hrsg.): *Revolution and War in Contemporary Ukraine. The Challenge of Change*. Stuttgart, 2016. S. 317–352.
- Viktor Taran: Jak partiji dosi prihovujut svoji finansi. In: *Nowoje Wremja*, Nr. 35, 2016. <http://nv.ua/ukr/opinion/taran_v/jak-partiji-dosi-prihovujut-svoji-finansi-227227.html>
- Die im Text zitierte Umfrage des Rasumkow-Zentrums ist im Internet abrufbar unter <http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=1091>
- Die ebenfalls im Text zitierte Meinungsumfrage im Auftrag des International Republican Institute ist online archiviert unter <www.iri.org/sites/default/files/wysiwyg/2016-07-08_ukraine_poll_shows_skepticism_glimmer_of_hope.pdf>

Die regionalen Parteien in der Ukraine. Lokale Spieler in der großen Politik

Von Switlana Konontschuk (Ukrainian Center for Independent Political Research – UCIPR, Kiew)

Zusammenfassung

Obwohl das ukrainische Parteienrecht nur landesweit aktive Parteien vorsieht, gibt es de facto Parteien, die als ausschließlich regionale Parteien organisiert sind. Der vorliegende Beitrag analysiert die Merkmale und Perspektiven dieser regionalen Parteien und ihren Einfluss auf den derzeit stattfindenden Wandel der ukrainischen Parteienlandschaft.

Einleitung

Regionale Parteien werden hier verstanden als Parteien, die sich sowohl in ihrer Organisation als auch in ihrer Programmatik vorrangig auf eine Region in der Ukraine beziehen. Einen Überblick über die entsprechenden Merkmale im Vergleich zu nationalen, d. h. landesweiten Parteien gibt Tabelle 1.

Regionale Parteien stehen im Widerspruch zu den rechtlichen Anforderungen an politische Parteien, so dass bei der Reform des Parteiensystems in der Ukraine ein Regulierungskonflikt entsteht. Verschärft werden könnte dieser Konflikt bezüglich regionaler Parteien potentiell im Hinblick auf die separatistischen und nicht anerkannten »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk.

Rechtliche Forderung nach landesweiten Parteien

Im Unterschied zum Beispiel zu Deutschland, wo es für Parteien möglich ist, sich nur in einem Bundesland zu organisieren, wie etwa die CSU nur in Bayern vertreten ist und auch bei Bundestagswahlen nur in Bayern Kandidaten aufstellt, muss der Begriff der regionalen Partei in der Ukraine in Anführungszeichen verwendet werden, da solche Parteien aus rechtlicher Perspektive nicht existieren.

Jedweder »Regionalismus« wird in der Ukraine, die historisch zu mehreren verschiedenen Staaten gehört hat,

von vielen Gesetzgebern skeptisch gesehen. Eine Bestätigung hat diese negative Einstellung gegenüber separatistischen Strömungen insbesondere in Folge der Ukraine-Krise mit der Annexion der Krim und dem bewaffneten Konflikt in der Ostukraine gefunden.

Die ukrainische Verfassung konzentriert sich bei der Regelung politischer Institutionen auf die Förderung einer einheitlichen ukrainischen Nation. Anstelle von Föderalismus wurde so ein Zentralstaat mit einer starken exekutiven Vertikale gewählt, in dem z. B. die Gouverneure in den Regionen vom nationalen Präsidenten ernannt werden. Die Erwartung war, dass die politischen und staatlichen Institutionen dieses Ziel verinnerlichen und strukturell übernehmen werden.

Entsprechend dieser Logik wurden in das Parteienrecht die Bestimmung aufgenommen, dass politische Parteien von einem »gesamtnationalen Programm der gesellschaftlichen Entwicklung« geprägt sein sollen und weder durch ihr Programm noch durch ihre Tätigkeit die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine gefährden dürfen, so das Parteiengesetz von 2001.

Politische Parteien werden deshalb auch zuerst auf der zentralen (nationalen) Ebene durch das Justizministerium registriert, wobei eine Registrierung nur möglich ist, wenn nicht weniger als 10.000 Unterschriften

Tabelle 1: Zentrale Merkmale nationaler und regionaler Parteien in der Ukraine

Status	Geographischer Schwerpunkt	Wählerbasis	Programmatik	Personalressourcen
Nationale Parteien	Regelmäßige Nominierung von Kandidaten für nationale Wahlen	Relativ gleichmäßig verteilt über mindestens ein Drittel der Regionen	Antworten auf landesweit für die Bevölkerung relevante Fragen mit Bezug auf allgemeine ideologische Strömungen	Parteifilialen und Mitgliederbasis in mehreren Regionen können zur Unterstützung mobilisiert werden
Regionale Parteien	Vorrangig Nominierung von Kandidaten für Regional- und Lokalwahlen	Konzentriert in einer Region	Verzicht auf ideologische Positionierung; Bezug auf die »Verteidigung von Interessen der Region«	Parteibüros und Mitglieder sind in einer Region konzentriert

aus nicht weniger als zwei Dritteln der Regionen und (nach der gesetzlichen Regelung von 2001 auch aus) nicht weniger als zwei Dritteln der Bezirke der Städte Kiew und Sewastopol sowie der Autonomen Republik Krim vorgelegt werden.

Bei der Registrierung einer Partei müssen folgende Dokumente vorgelegt werden: Unterlagen zu den Parteigründern, Beschluss über die Gründung der Partei, Informationen zu den Entscheidungsorganen der Partei, ihre Satzung und ihr Programm. Für die Registrierung wird eine Verwaltungsgebühr von 140 Mindestlohnsätzen (derzeit ca. 7.500 Euro) erhoben. Seit April 2014 wurden auf diese Weise über 150 neue Parteien registriert und zum 01. Oktober 2016 betrug die Gesamtzahl der in der Ukraine registrierten politischen Parteien 350.

Im Anschluss an die Registrierung soll die Partei innerhalb eines halben Jahres ihre regionalen und lokalen Vertretungen in nicht weniger als in zwei Dritteln der Regionen sowie in Kiew (und nach der alten gesetzlichen Regelung auch auf der Krim und in Sewastopol) gründen. Die regionalen Verbände der Parteien werden durch die jeweiligen Zweigstellen des Justizministeriums registriert.

De facto regionale Parteien

Die rechtlichen Vorgaben zur Förderung landesweiter Parteien hindern aber einige Parteien nicht daran, ihre tatsächliche Tätigkeit auf eine Region zu beschränken. Der rechtlich vorgesehene landesweite Charakter bezieht sich nämlich nur auf die formale Präsenz über Vertretungen in einer Mehrzahl der Regionen des Landes, nicht aber auf tatsächliche Aktivitäten oder Wahlergebnisse.

Dementsprechend gibt es keinen direkten Zusammenhang zwischen der Anzahl der formal registrierten regionalen und lokalen Vertretungen und dem Wahlerfolg der Partei. Zum Beispiel verfügt die Sozialistische Partei der Ukraine formal landesweit über mehr als 31.000 Vertretungen, während es in der Ukraine insgesamt nur 30.000 Städte und Ortschaften gibt. Bei den Parlamentswahlen 2012 erreichte die Partei trotzdem landesweit nur 0,45 % der Stimmen (entsprechend gut 90.000 Wählern, also umgerechnet etwa drei pro Vertretung). 2014 nahm die Partei an den landesweiten Parlamentswahlen nicht einmal teil. Umgekehrt erhielt die Partei Selbsthilfe (»Samopomitsch«) mit nur 195 eigenen Vertretungen landesweit bei den Parlamentswahlen 2014 fast 11 % der Stimmen (mehr als 1,7 Millionen Wähler).

Neben Parteien, die ihren landesweiten Anspruch aufgrund fehlender Popularität nicht einlösen können, gibt es aber auch Parteien, die sich bewusst auf eine Region oder gar (als »Rathaus-Partei«) auf eine Stadt

beschränken. Dabei nehmen die meisten Mitglieder dieser Parteien und auch ihre Wähler die Parteien als regionale oder lokale Interessenvertreter wahr. So erklärt zum Beispiel ein Anhänger auf der Internet-Seite der Ukrainischen Meeres-Partei von Serhii Kiwalow, die nur in Odessa antritt, dies sei »eine Partei, die die Bedürfnisse der Region den Behörden des Landes und jedem Bürger des Landes vermitteln kann. Ich bin beeindruckt von der Partei, weil sie aus Odessa ist«.

Stärkung der regionalen Perspektive

In den letzten Jahren ist die regionale und lokale Perspektive für ukrainische Parteien immer wichtiger geworden. Ein Grund hierfür war die bei den Lokalwahlen 2010 zum ersten Mal geltende Forderung, dass alle Kandidaten Parteimitglieder sein müssen. Einzige Ausnahme waren 2010 ländliche Wahlkreise, in denen auch unabhängige Kandidaten antreten konnten. Für die Lokalwahlen 2015 wurden unabhängige Kandidaten auch für die Bürgermeisterwahl erlaubt.

Zusätzlich führte die nach dem EuroMaidan einsetzende Dezentralisierungs-Debatte in Kombination mit zunehmender zivilgesellschaftlicher Initiative auf lokaler Ebene ebenfalls zu einer Stärkung regionaler Parteien. Die politischen Parteien erwarteten, dass die Dezentralisierung zu einer größeren Bedeutung der regionalen und lokalen Ebene führen würden. In Vorbereitung auf diese Entwicklung mobilisierten die Parteien zusätzliche Ressourcen. Die partei-interne Übergabe von Finanzmitteln und Kompetenzen an die regionale und lokale Ebene wurde eingeleitet. Da die Dezentralisierung im nationalen Parlament umstritten ist, ist derzeit noch nicht absehbar, ob diese partei-internen Entwicklungen von Dauer sein werden.

Die regionalen Parteien

Die eigentlichen regionalen Parteien, die wirklich nur in einer Region aktiv sind, sind ebenfalls in das informelle politische Machtgefüge des Landes eingebunden.

Es gibt Phantomparteien, die nur aktiv werden, um über die Vertretung in Wahlkommissionen und Zugriff auf Sendeplätze für Wahlwerbung den Verlauf der Wahlen zu manipulieren und die oft nicht einen einzigen Kandidaten für die Wahlen aufstellen. Sie handeln offensichtlich im Interesse anderer Parteien, die selber nicht für Manipulationen haftbar gemacht werden wollen. Bei den Lokalwahlen 2015 haben so neun in Wahlkommissionen vertretene Parteien keinen einzigen Kandidaten für die Wahl nominiert. Diese Parteien werden als »technische« Parteien bezeichnet.

Die »echten« regionalen Parteien konzentrieren ihre Wahlkämpfe auf die regionale oder lokale Identität. Dadurch erhalten sie landesweit wenig Aufmerk-

samkeit und werden auch in der nationalen Medienberichterstattung kaum wahrgenommen. So müssen die regionalen Parteien auch keine Antworten auf die allgemeinen Probleme des Landes geben und sich ideologisch nicht festlegen. Sie präsentieren sich vielmehr als effektive Interessenvertreter ihrer Region oder Stadt in einem weitgehend apolitischen Sinne.

Dabei sind diese regionalen Parteien in der Regel in nationale politische Netzwerke integriert. Die erfolgreiche regionale Partei von Transkarpatien »Jedinij Zentr« hat so den – in der nationalen Politik früher als Minister und Leiter der Präsidialverwaltung sowie jetzt als Parlamentsabgeordneten aktiven – Viktor Baloha als Patron. Die in der Region Winnyzja aktive Partei »Winnyzka Jewropejska Stategija« hat Wolodymyr Hrojsman als Patron, den derzeitigen Ministerpräsidenten, ehemaligen Parlamentspräsidenten und Abgeordneten der Partei von Präsident Poroschenko. Die regionale Partei »Tscherkaschtschany« aus der namensgebenden Region Tscherkasy hat regionale Abgeordnete der durch den Oligarchen Dmitro Firtasch unterstützten Partei »Ridne Misto« übernommen und wird jetzt inoffiziell durch Mitglieder der Partei Vaterland (»Batkiwschtschyna«) von Julia Timoschenko koordiniert. Die Partei »Dowirjaj Dilam« des Bürgermeisters von Odessa, Genadij Truchanow, gilt als Vertreter der Interessen des Oligarchen und ehemaligen Gouverneurs von Dnipropetrowsk, Igor Kolomoiskij. Die in Chmelnyzkij aktive Partei »Sa Konkretni Sprawy« wird ebenfalls von einem ukrainischen Oligarchen unterstützt, Alexander Gerega, der in der Ukraine eine sehr erfolgreiche Kette von Baumärkten betreibt.

Die Offenlegung des Wesens dieser Parteien ist gleichzeitig die Antwort auf die Frage nach ihrer politischen Zukunft. Da sie von ihrem »Gönner« abhängig sind, folgen sie seinen Höhen und Tiefen.

Über die Autorin

Dr. Switlana Konontschuk ist geschäftsführende Direktorin des Ukrainian Center for Independent Political Research (UCIPR) in Kiew. Der vorliegende Beitrag entstand während eines Gastaufenthaltes im Rahmen des Ilko Kucheriv Democracy Fellowship Programme an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Lesetipps

- Das Gesetz »Über die politischen Parteien der Ukraine« vom 05.04.2001 ist im Internet abrufbar unter <<http://zakon2.rada.gov.ua/laws/show/2365-14>>
- Mit den im Beitrag erwähnten »technischen« Parteien beschäftigen sich ausführlich: Boyko N., Herron E.: Assessing Bureaucratic Technical Parties in Postcommunist Politics: Evidence from Ukraine's 2012 Parliamentary Election Administration, Paper prepared for presentation at the Midwest Political Science Association Conference, April 2–6, 2014, im Internet veröffentlicht unter <<http://cifragroup.org/wp-content/uploads/2014/04/boyko.herron.2h.pdf>>

Unter den regionalen Parteien besitzen die Parteien der ethnischen Minderheiten eine besondere Stellung. Größere Bedeutung haben die zwei Parteien der ethnischen Ungarn in Transkarpatien, wo ca. 150.000 Ungarn (entsprechend knapp 13 % der regionalen Bevölkerung) wohnen. Diese beiden Parteien sind ein separates Phänomen und sind stark durch den Rechtsruck in der ungarischen Politik geprägt. Auch hier gibt es aber Verbindungen in die nationale ukrainische Politik. Der Vorsitzende einer der beiden ungarischen Parteien sitzt so für den Block Poroschenko im nationalen Parlament.

Schlussfolgerungen

Trotz der fehlenden rechtlichen Anerkennung existieren de facto in der Ukraine relativ stabile Parteien, die eindeutig nur regionalen oder lokalen Charakter haben. Diese Parteien sind aber nicht Ausdruck einer regionalen Isolation, sondern sind gut in die informellen Netzwerke der nationalen Politik integriert. Sie sind damit ein weniger sichtbarer, aber durchaus wichtiger Teil der informellen Machtkämpfe in der ukrainischen Politik. Die regionalen Parteien bringen ihrer Region materielle Vorteile durch die Interessenvertretung in der nationalen Politik und sichern nationalen Politikern gleichzeitig stärkeren Einfluss auf der regionalen Ebene.

Die relative Stabilität regionaler Parteien basiert dabei auf personellen Netzwerken und dem Verzicht auf eine ideologische Positionierung, die es ihnen erlaubt eine Identifizierung mit Machthabern oder Opposition zu vermeiden. In ihrer derzeitigen Form stellen die regionalen Parteien deshalb kein Gegengewicht zu den nationalen Parteien dar, sondern sind eher ihr verlängerter Arm in den Regionen.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Lokale Demokratie in ukrainischen Städten.

Bürgerbeteiligung und die Ansprechbarkeit der lokalen Behörden

Von Aadne Aasland (Norwegisches Institut für Stadt- und Regionalforschung – NIBR, Oslo) und Olexsii Lyska (Wirtschaftsuniversität Charkiw)

Zusammenfassung

Die lokale Ebene ist eine wichtige Arena der demokratischen Praxis. Auf lokaler Ebene begegnen die Menschen konkreten sozialen Problemen und dort erwarten sie letzten Endes auch eine effektive Politik und Lösungen. Deshalb ist die lokale Ebene entscheidend für die Entstehung und das Wirken von demokratischen Initiativen, die letztlich eine Transformation von Staat und Gesellschaft insgesamt bewirken können. Für das Funktionieren der lokalen Demokratie ist das Zusammenwirken von Bürgerbeteiligung an lokalen politischen Prozessen und Ansprechbarkeit der lokalen Behörden für die Belange der Bürger sehr wichtig. Auf Grundlage einer soziologischen Umfrage unter 2.000 ukrainischen Bürgern in 20 ukrainischen Städten vom Juli 2014 können einige entscheidende Aspekte dieses Zusammenwirkens in einem Land untersucht werden, in dem derzeit Dezentralisierungsreformen zur Stärkung der lokalen Ebene entwickelt werden.

Lokale Demokratie und lokale Selbstverwaltung in ukrainischen Städten

Die Ukraine ist ein Einheitsstaat mit einer Zentralregierung und einer komplexen asymmetrischen regionalen Verwaltungsstruktur mit drei unterhalb der Zentralregierung angesiedelte Regierungsebenen: der regionalen Ebene (*oblast*), den Distrikten (*rayon*) und der lokalen Ebene aus Städten, Orten und Dörfern.

Die wichtigsten Organe der lokalen Selbstverwaltung sind in jeder Stadt Stadtrat, Bürgermeister und ein Exekutivkomitee. Der Bürgermeister und die Abgeordneten des Stadtrats werden alle fünf Jahre in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen gewählt. Einige große Städte sind in mehrere Bezirke (*rayon v misti*) mit eigenen lokalen Selbstverwaltungsorganen unterteilt – Bezirksräte und / oder exekutive (administrative) Organe des Stadtrats der gesamten Stadt. In der Ukraine gibt es 111 solcher Stadtbezirke, es haben aber nicht alle ihre eigenen Bezirksräte oder Exekutivorgane.

Die derzeitige Gesetzeslage beschränkt die Macht der auf lokaler Ebene gewählten Staatsorgane sehr stark. Zudem sind die Mechanismen zur Absicherung der Rechtmäßigkeit von Entscheidungen der lokalen Selbstverwaltung weiterhin schwach. Viele Faktoren entscheiden, wer formelle Macht und informellen Einfluss hat – etwa hohe Korruptionsniveaus, verschwommene Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft, regionale Spannungen und mangelndes Vertrauen. Es gibt eine Menge Literatur über die zahlreichen Schwächen der lokalen Verwaltung wie unklare Gewaltenteilung zwischen den lokalen Selbstverwaltungsbehörden und den lokalen Stellen der zentralstaatlichen Exekutive; mangelhafte Verteilung von Ressourcen an Regierungsebenen unterhalb der Zentralgewalt; ein Mangel an effektiver rationaler Bürokratie und die nicht

vorhandene institutionelle Trennung zwischen wirtschaftlichen und politischen Sphären; die Einmischung lokaler staatlicher Stellen in die Tätigkeit der lokalen Selbstverwaltungsorgane.

Die aktuelle Gesetzeslage sieht für die Bürger verschiedene Möglichkeiten vor, sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen – unter anderem über den Zugang zu Informationen, durch individuelle oder gemeinschaftlich organisierte Vorschläge, öffentliche Anhörungen, lokale Initiativen, Bürgerversammlungen oder Selbstverwaltungsorgane. Die mangelnde Transparenz lokaler Politik macht es für Bürger, die sich in der Lokalpolitik engagieren wollen, schwer, die Arbeitsweise der lokalen Behörden zu verstehen. Alle großen politischen Parteien sehen die Notwendigkeit einer Reform der lokalen Staatsverwaltung und diese rangiert auch weit oben auf der politischen Agenda.

Am 1. April 2014 verabschiedete das ukrainische Ministerkabinett das »Konzept zur Reform der Organisation der lokalen Selbstverwaltung«. Dieses Gesetz legt fest, dass die Befugnisse der diversen lokalen Verwaltungsebenen gemäß der Prinzipien von Subsidiarität und Dezentralisierung festgelegt werden. Zudem sollen die lokalen Selbstverwaltungsorgane gegenüber Wählern und Staat verantwortlich sein. Das Gesetz sieht ihre Ausstattung mit den notwendigen materiellen, finanziellen und organisatorischen Ressourcen vor sowie verbesserte administrative und soziale Leistungen der Behörden für die Bevölkerung sowie die Einführung wirksamer Mechanismen zur öffentlichen Partizipation an Entscheidungsprozessen. Bis dato wurden diese ambitionierten Pläne noch nicht realisiert. Dezentralisierung bleibt damit eher ein theoretisches Konzept und lokales Regieren leidet in der Ukraine nach wie vor an fehlenden Reformen.

Umfrage aus dem Sommer 2014

Unsere Studie aus dem Sommer nach dem Euromaidan zeigt so eine ziemlich geringe Beteiligung der Bürger am lokalen politischen Leben in ukrainischen Städten. Nur die Möglichkeit, bei Wahlen ihre Stimme abgeben zu können, motivierte eine Mehrheit der Befragten zur Beteiligung. Für andere Aktivitäten fielen nennenswerte Anteile auf die Teilnahme an Treffen mit Abgeordneten des Stadtrats (18 %) und auf den Besuch von öffentlichen Versammlungen (15 %) sowie auf Treffen mit dem Bürgermeister (14 %). Auch angemeldete Demonstrationen fanden sich oben auf der Liste (14 %), was angesichts der politischen Entwicklungen in der Ukraine zu erwarten gewesen war. Dauerhaftere Formen der Partizipation waren jedoch wenig verbreitet.

Die Einwohner der ukrainischen Städte zeichneten einige Monate nach dem Ende der Präsidentschaft von Viktor Janukowitsch ein recht düsteres Bild von der Ansprechbarkeit ihrer lokalen Behörden. Sehr negativ fielen etwa die Antworten auf die Frage aus, inwieweit man der Aussage zustimme, die Öffentlichkeit könne Entscheidungen der lokalen Behörden in ihrer Stadt beeinflussen: Nur 1 % stimmte absolut zu, 14 % stimmten der Aussage eher zu, während 42 % überhaupt nicht und 36 % eher nicht zustimmten. Sowohl für politisches Bürgerengagement als auch für die Wahrnehmung der Ansprechbarkeit zeigten sich beträchtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen ukrainischen Städten, die nicht leicht zu systematisieren sind.

Korrespondenzanalyse

Zur weiteren Untersuchung der Umfrageergebnisse haben wir deshalb eine Korrespondenzanalyse durchgeführt. Diese hilft durch Visualisierungen zugrunde liegende Strukturen aufzudecken. Kategorien mit ähnlichen Verteilungen werden als nah beieinander liegende Punkte dargestellt, Kategorien mit sehr unterschiedlichen Verteilungen werden weit voneinander entfernt positioniert.

Die Punkte fassen Bürger nach verschiedenen Kriterien wie Wohnort, Alter, Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Institutionen, erklärtes Interesse an Politik, erklärtes Vertrauen in Politik und Einschätzung der Ansprechbarkeit der Behörden zusammen.

Die Dimensionen, bezüglich derer die Punkte in unserer Analyse positioniert werden, sind auf den beiden Achsen dargestellt. Die horizontale Achse erfasst das Niveau des politischen Engagements der Befragten (»Bürgerbeteiligung«). Auf der linken Seite finden sich Personen ohne Interesse für lokale Politik. Auf der rechten Seite finden sich die (relativ gesprochen) politisch aktiven Bürger mit Interesse an lokaler Politik und einem überdurchschnittlichen Partizipationsniveau.

Wir nennen diese Dimension »Bürgerbeteiligung«. Sie wird in Grafik 1 auf S. 15 veranschaulicht.

Die vertikale Achse erfasst die Ansprechbarkeit der lokalen Behörden, wie sie von den Bürgern wahrgenommen wird (»wahrgenommene Ansprechbarkeit der Stadtverwaltung«). Im unteren Bereich der Grafik finden wir die Bürger, die die lokalen Behörden als bürgerfern wahrnehmen, d. h. die in unserer Umfrage erklärt haben, dass die lokale Politik »die Meinungen der einfachen Leute nicht berücksichtigt«, »ihre Macht für persönliche Zwecke missbraucht« u. ä. Die Befragten, die die lokalen Behörden als ansprechbar für die Bedürfnisse der Bevölkerung wahrnehmen und erklären ihnen zumindest teilweise zu vertrauen, finden sich oben in der Darstellung. Diese Dimension wird in Grafik 2 auf S. 16 veranschaulicht.

Grafik 3 auf S. 17 zeigt für zentrale Eigenschaften der Bürger (Wohnort, Alter, Interesse an Lokalpolitik, politische Aktivitäten, Vertrauen in Politik, Wahrnehmung der Ansprechbarkeit der Stadtverwaltung, Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen), wie sie sich bezüglich der beiden Dimensionen positionieren.

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss berücksichtigt werden, dass die Punkte in der Grafik die durchschnittlichen Positionen der jeweils erfassten Gruppen und Kategorien zeigen und unter Umständen eine große Spannweite von Werten in einem Punkt als Mittelwert zusammenfassen. Außerdem ist ein hoch aussehender Wert in einer Dimension nicht notwendigerweise auch objektiv betrachtet im internationalen Vergleich ein hoher Wert: Sowohl die wahrgenommene Ansprechbarkeit der Stadtverwaltung als auch die Bürgerbeteiligung sind in der Ukraine insgesamt auf einem niedrigen Niveau. Hohe Werte sind deshalb relativ hoch, d. h. im ukrainischen Vergleich überdurchschnittlich.

Als Ergebnis der Auswertung können wir entlang der zwei Dimensionen vier »Idealtypen« von Bürgern identifizieren, wie Grafik 4 auf S. 18 zeigt. Im linken unteren Bereich finden wir die »Entfremdeten«. Das sind Personen, die mit den Behörden unzufrieden sind und wenig Vertrauen in Institutionen haben und sich dennoch weder im Rahmen politischer oder zivilgesellschaftlicher Aktivitäten engagieren noch das politische Geschehen verfolgen. Was sie vom politischen Leben entfremdet, ist nicht ersichtlich. Es könnte ihr eigener Mangel an Ressourcen sein, es könnte aber auch die schlechte Qualität der lokalen Politik sein, die es unmöglich macht, zu den Behörden durchzudringen.

Den zweiten Typ nennen wir die »Protestierenden«, sie sind in Grafik 4 rechts unten zu finden. Dies sind Personen, die mit der Ansprechbarkeit der lokalen Behörden nicht zufrieden sind und den Institutionen nicht vertrauen. Nichtsdestotrotz entscheiden sie sich zu politischem und zivilgesellschaftlichem Engagement, offen-

kundig um die Verhältnisse zu verändern. Oben links in Grafik 4 sind die Personen verortet, die wir »Konformisten« nennen. Sie sind nicht besonders unglücklich mit dem Verhalten der Lokalregierung, dabei sind sie aber passiv und weder interessiert an noch engagiert in politischen oder zivilgesellschaftlichen Aktivitäten. Der letzte Typ (oben rechts in Grafik 4) ist der »interaktive« Bürger. Das sind engagierte Personen, die mit den lokalen Behörden interagieren und tendenziell positiv auf sie reagieren. Meist glauben sie an den Erfolg ihrer Bemühungen und die Möglichkeit, politische Prozesse zu beeinflussen, und haben das Gefühl, sich in einem Umfeld zu betätigen, in dem die lokalen Behörden zumindest einigermaßen ansprechbar sind.

Es ist auffällig, dass die 20 ukrainischen Städte, die wir untersucht haben, erstaunlich weit verstreut platziert sind, wie Grafik 5 auf S. 19 zeigt. Dieser Umstand illustriert die sehr unterschiedlichen lokalpolitischen Konstellationen, in denen die Stadtverwaltungen von der lokalen Bevölkerung ausgesprochen unterschiedlich wahrgenommen werden. Zudem scheint es in den untersuchten Städten auffallend unterschiedliche Muster der Bürgerbeteiligung zu geben. In jedem Quadrat der Grafik finden sich nur vier bis sechs Städte. Jeder Stadt lässt sich – meist sehr eindeutig – einer der oben beschriebenen »Idealtypen« von Bürgern zuordnen.

Lokale politische Kulturen

Die Bewohner ukrainischer Städte scheinen sich bezüglich der Strategien, mittels derer sie sich auf die lokalen Behörden beziehen, sehr zu unterscheiden. Für eine lebendige Demokratie sind mehr »interaktive« Bürger nötig, die sich beteiligen und an Entscheidungsprozessen interessiert sind, und zwar in einem Umfeld, in dem die lokalen Behörden ansprechbar für jene sind, für die sie da sein sollten. Das erfreulichste Ergebnis dieser Studie ist wohl, dass etliche ukrainische Städte bereits jetzt Anzeichen einer solchen interaktiven Umgebung zeigen, nämlich die im rechten oberen Quadrat von Grafik 5.

Die fehlende Dezentralisierungsreform und die eher schwache Entwicklung der Zivilgesellschaft haben die Entwicklung von dynamischeren Beziehungen zwischen lokalen Behörden und lokaler Bevölkerung mit anderen Worten nicht verhindert, zumindest in bestimmten Städten nicht. Eine Mischung aus sozialer und zivilgesellschaftlicher Kultur, ein höheres Niveau des sozialen Kapitals und ein starker lokaler sozialer Zusammenhalt sind wahrscheinliche Faktoren, die erklären können, warum manche Städte ein viel positiveres Umfeld für eine lokale Demokratie darstellen als andere.

In einigen Städten gaben die Befragten mehrheitlich an, relativ zufrieden mit ihren lokalen Behörden zu sein. Sie engagieren sich jedoch nicht persönlich, sondern ver-

lassen sich auf Initiative anderer und wenden sich von der Politik ab. Städte, in denen diese konformistische Haltung dominiert, finden sich in Grafik 5 links oben. Unsere Studie zeigt, dass das Hauptproblem hier nicht die bloße Angst vor Beteiligung ist. Verbreiteter ist das Gefühl, die eigenen Anstrengungen würden nichts bringen und die eigene Stimme werde nicht gehört. Viele entscheiden sich deshalb dafür, sich auf ihr eigenes und ihr Familienleben zu konzentrieren und die »schmutzige Politik« anderen zu überlassen. Diese Strategie kann in guten Zeiten einigermaßen funktionieren. Sollten die lokalen Behörden allerdings durch politische Anführer ersetzt werden, die sich den Bedürfnissen der Bevölkerung weniger verpflichtet fühlen, könnte sie sich als riskant erweisen. Sie ignoriert außerdem die Wichtigkeit der Kanäle, über die den Behörden von der Öffentlichkeit ein politisches Feedback vermittelt wird.

Die »Protestierenden«, die die Städte unten rechts in Grafik 5 prägen, könnten in der Situation der starken politischen Unruhen die Möglichkeit eines echten politischen Wandels und des Austauschs von politischem Führungspersonal erkannt haben. Im Winter und Frühling 2013/2014 hat die ukrainische Bevölkerung gezeigt, dass durch aktive Partizipation und Protestbewegungen eine substantielle politische Transformation erreicht werden kann. Es fehlt in der Ukraine aber den meisten Menschen die praktische Erfahrung der tagtäglichen Beteiligung an politischen Prozessen, an der Suche nach Kompromissen und dem Erzielen von Ergebnissen im politischen Alltag. Es muss sich daher erst noch zeigen, ob dieses stärkere politische Engagement in eine aktivere Bürgerbeteiligung an lokaler Politik übersetzt wird und sich die neuen Lokalpolitiker als ansprechbarer für die Bevölkerung erweisen.

Die kritischste Lage herrscht in Städten, die sich in Grafik 5 unten links befinden, und die von einer Bevölkerung geprägt sind, auf die das von uns als »Entfremdung« bezeichnete Phänomen zutrifft: Hier gibt die Mehrheit der Befragten an, dass sich die städtischen Behörden sehr schlecht verhalten, sie haben aber selbst weder den Willen noch die Ressourcen, um sich in der Lokalpolitik zu engagieren. Oft scheint es einen Teufelskreis der schlechten Regierungsführung zu geben, in dem das Vertrauen der lokalen Bevölkerung geringer wird und sich so die Kluft zwischen Regierenden und Regierten vergrößert. Die Menschen in diesen Städten haben wenig Vertrauen in landesweite wie lokale Institutionen und wenig Hoffnung auf Verbesserungen. Und sie schließen sich von Partizipation aus oder werden von ihr ausgeschlossen.

Resümee

Obwohl die Bedeutung einer Reform der Lokalpolitik in der Ukraine bei vielen Gelegenheiten betont wurde,

sind ihre konkreten Ergebnisse bislang sehr mäßig. Es gibt nun die Befürchtung, dass trotz Poroschenkos deutlichem Bekenntnis zu einer Stärkung der lokalen Ebene und neuen Initiativen in dieser Richtung die drängenden Probleme in den Separatistenregionen und die großen wirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen das Land steht, mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen werden. Dazu kommt, dass auf der nationalen Ebene zu viele Politiker ein persönliches Interesse daran haben, das hohe Zentralisierungsniveau des Staats aufrechtzuerhalten, von dem sie anscheinend glauben, dass es ihnen mehr Kontrolle über regionale und lokale Entwicklungen verschafft.

Ob die Ukraine ein umfassendes Programm für eine Reform der Lokalpolitik in Angriff nehmen wird, bleibt daher abzuwarten. Unsere Studie hat in Bezug auf Bürgerbeteiligung und wahrgenommene Ansprechbarkeit der lokalen Behörden deutliche Unterschiede zwischen ukrainischen Städten aufgezeigt. Diese sind ein deutliches Zeichen dafür, dass die Qualität der lokalen Demokratie nicht nur von Prozessen und Reformen abhängt, die auf der Zentralebene angestoßen werden: Auch lokale politische Akteure und die allgemeine Öffentlichkeit können Ergebnisse entscheidend und unabhängig voneinander beeinflussen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autoren

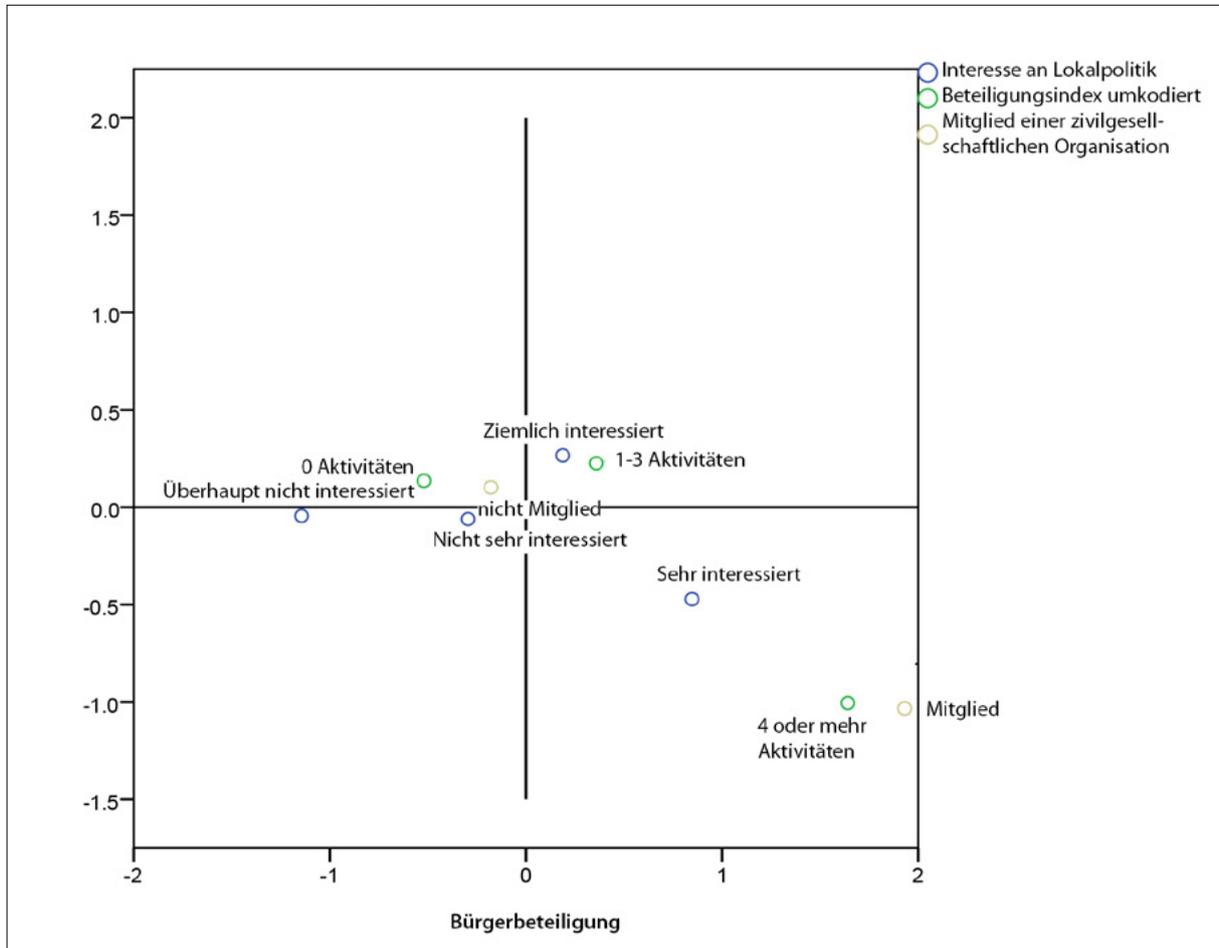
Aadne Aasland ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Norwegischen Institut für Stadt- und Regionalforschung – NIBR, Oslo and der wissenschaftlichen Fachhochschule Oslo und Akershus.

Oleksii Lyska ist assoziierter Professor an der Simon Kuznets – Nationalen Wirtschaftsuniversität in Charkiw.

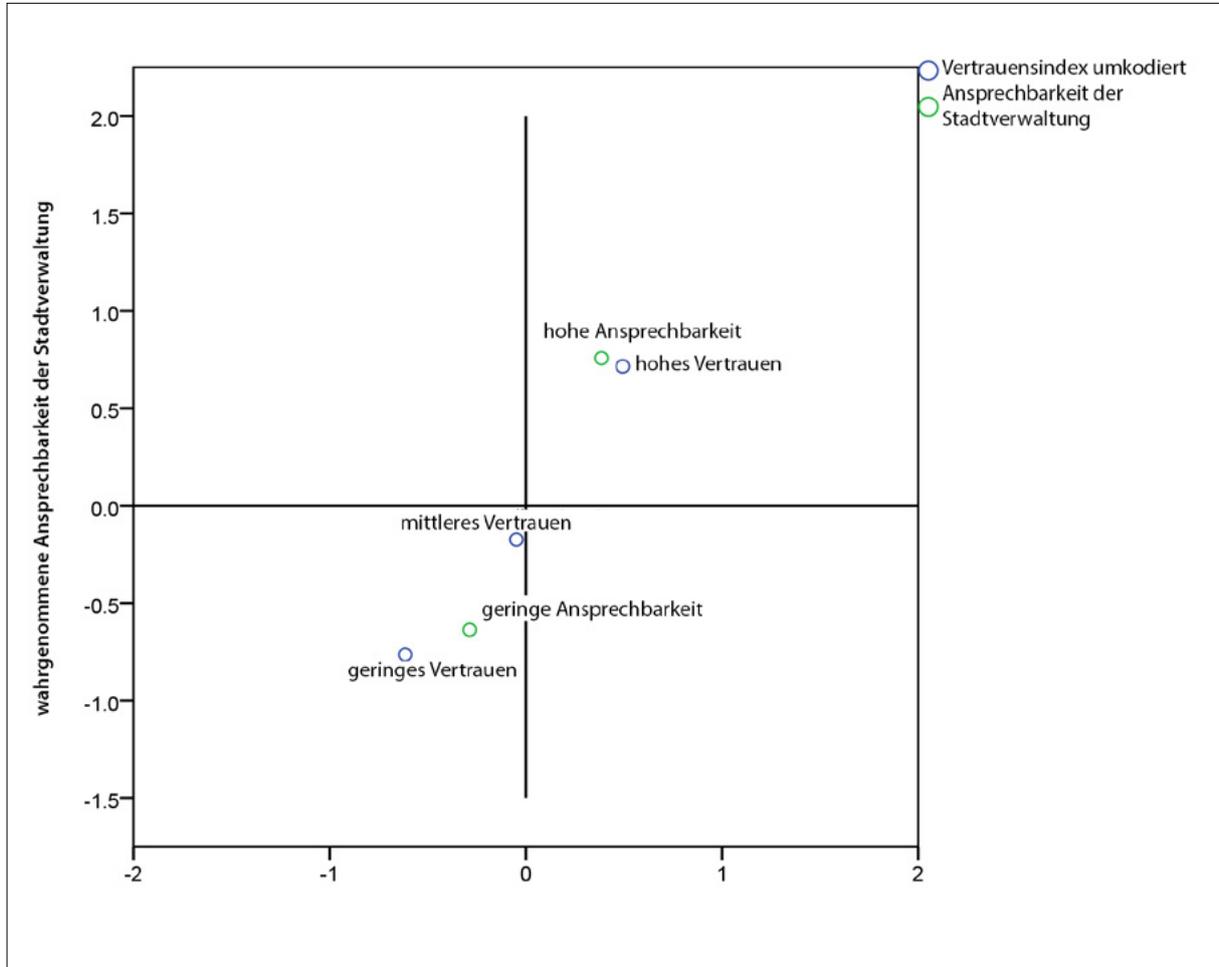
Der vorliegende Beitrag ist die stark gekürzte und leicht überarbeitete Fassung von: Aadne Aasland / Oleksii Lyska: »Local democracy in Ukrainian cities: civic participation and responsiveness of local authorities.«, *Post-Soviet Affairs* 32.2 (2016), S. 152–175. Der vollständige Text ist im Internet frei verfügbar unter: <<http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/1060586X.2015.1037072>>

Die hier dokumentierte Studie zur lokalen Demokratie wurde von der Association of Ukrainian Cities (AUC) angestoßen und in Zusammenarbeit mit der Norwegian Association of Local and Regional Authorities (KS) und dem Norwegian Institute for Urban and Regional Research (NIBR) im Rahmen des vom norwegischen Außenministerium finanzierten Projekts »Evidence-Based Local Government Policy Development in Ukraine« durchgeführt.

Grafik 1: Bürgerbeteiligung

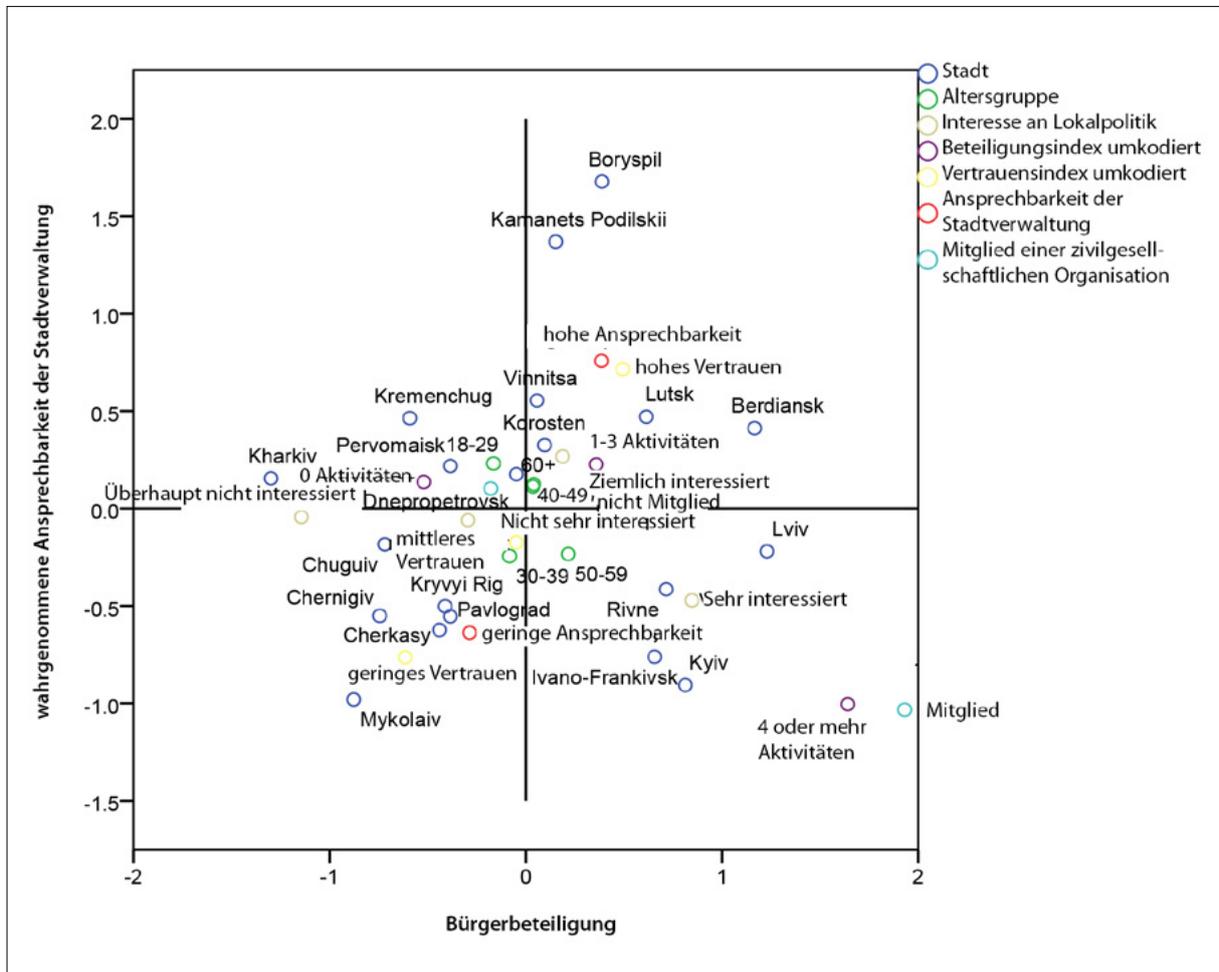


Quelle: Aadne Aasland und Oleksii Lyska, siehe vorstehenden Artikel

Grafik 2: Wahrgenommene Ansprechbarkeit der Stadtverwaltung

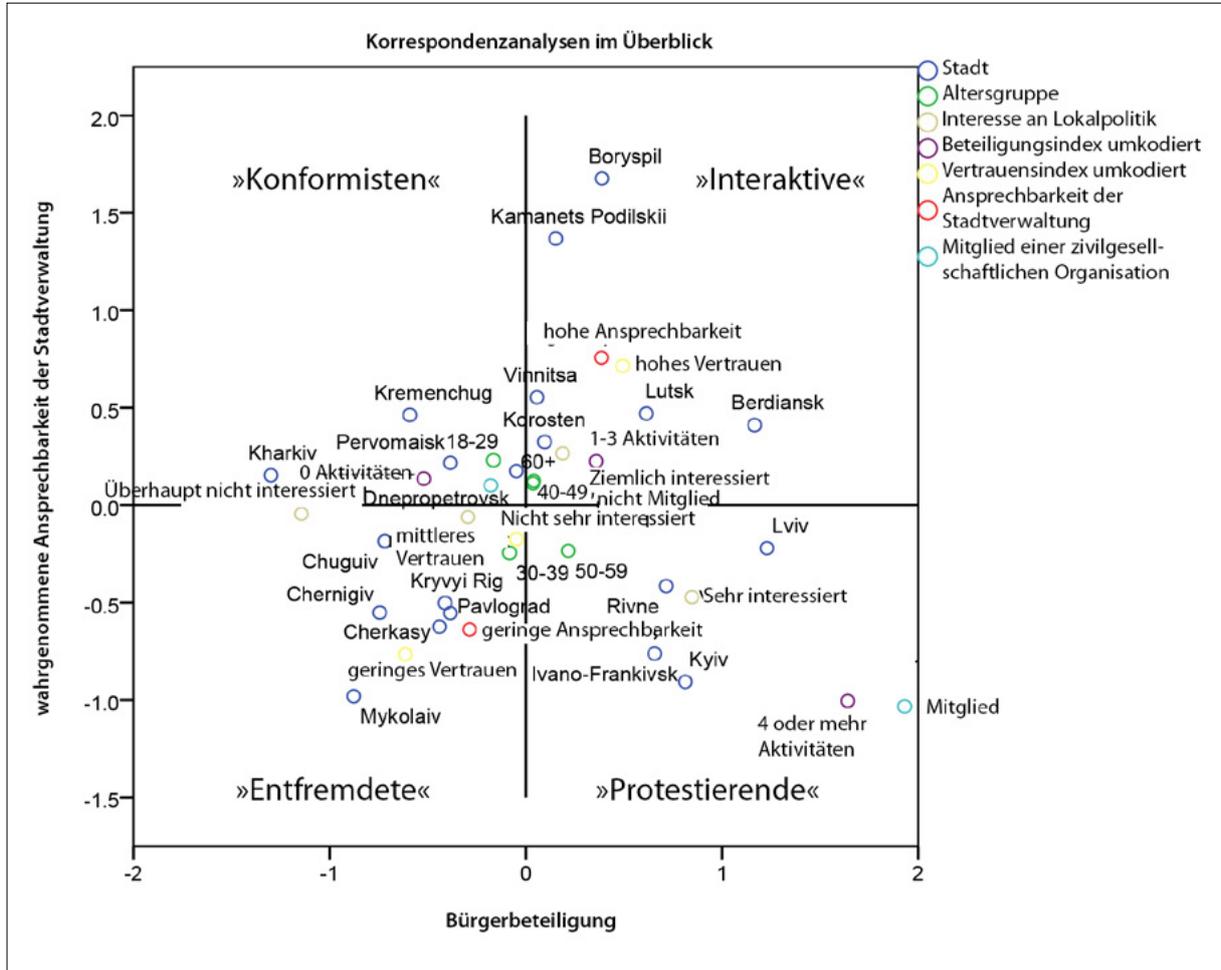
Quelle: Aadne Aasland und Oleksii Lyska, siehe vorstehenden Artikel

Grafik 3: Korrespondenzanalyse im Überblick



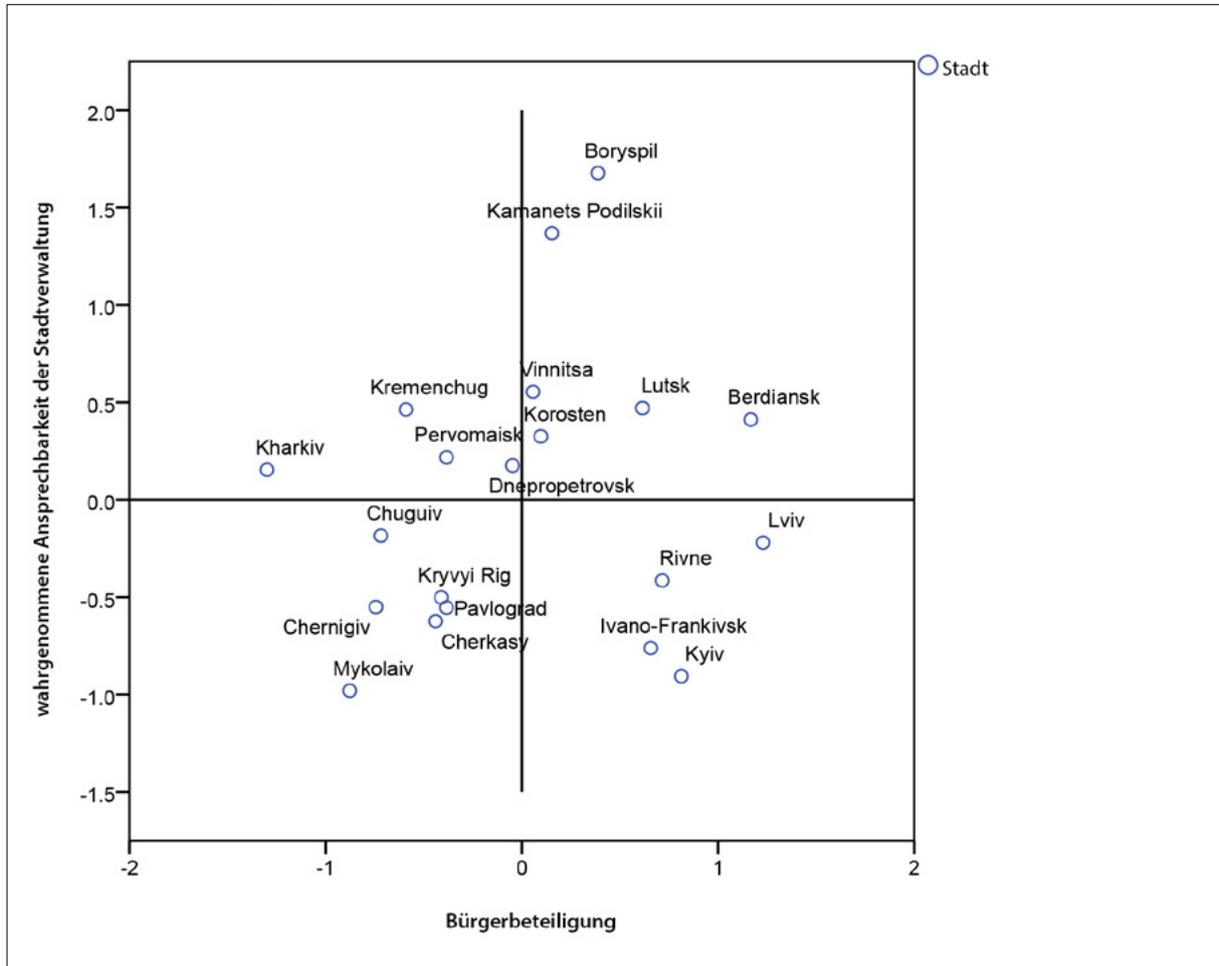
Quelle: Aadne Aasland und Oleksii Lyska, siehe vorstehenden Artikel

Grafik 4: »Idealtypen« von Bürgern



Quelle: Aadne Aasland und Oleksii Lyska, siehe vorstehenden Artikel

Grafik 5: Verteilung der Städte



Quelle: Aadne Aasland und Oleksii Lyska, siehe vorstehenden Artikel

10. – 23. Oktober 2016

10.10.2016	Die EU bestätigt das Datum für das nächste Gipfeltreffen hoher Vertreter der EU und der Ukraine. Es soll am 24. November 2016 stattfinden. EU-Ratspräsident Donald Tusk, EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und der ukrainische Präsident Petro Poroschenko werden unter anderem über das Abkommen zur Abschaffung der Visapflicht für ukrainische Staatsbürger, das Abkommen von Minsk und den Reformfortschritt in der Ukraine sprechen.
10.10.2016	Pedro Agramunt, der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, erklärt, er werde sich weiterhin für die Rückkehr der russischen Delegation einsetzen. Nach der Annexion der Krim hatte die Versammlung im April 2014 der russischen Delegation das Stimmrecht entzogen, woraufhin die russischen Abgeordneten die Sitzungen boykottierten. Damals hatte der Parlamentarischen Versammlung noch die Luxemburgerin Anne Brasseur vorgesessen.
11.10.2016	Ein hochrangiger Mitarbeiter des ukrainischen Außenministeriums erklärt, man arbeite an einem Ausstieg aus denjenigen Vereinbarungen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die für die Ukraine nicht nutzbringend seien.
11.10.2016	Die ukrainische Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarates fordert den Rücktritt des Vorsitzenden Pedro Agramunt. Dieser hatte sich für die Rückkehr der russischen Delegation in die Versammlung ausgesprochen.
12.10.2016	Die OSZE-Beobachtermission im Donbass berichtet, dass in Staniza Luhanska, einem der drei für einen beidseitigen Truppenrückzug ausgewählten Orte, aufgrund von Minen die Situation weiterhin nicht ausreichend beobachtet werden könne. Unterdessen erklären örtliche Einheiten des ukrainischen Militärs erneut, sie seien zum Abzug bereit und warteten auf den entsprechenden Befehl.
13.10.2016	Die ukrainischen Vertreter im Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrum beschuldigen die Separatisten, durch Verletzungen des Waffenstillstands den vereinbarten Abzug beider Seiten an drei Orten entlang der Frontlinie unmöglich zu machen. Die OSZE-Beobachtermission berichtet aus Staniza Luhanska, dass Separatisten eine weiße Flagge als Zeichen ihrer Bereitschaft zum Abzug gehisst hätten, dass aber der örtliche Befehlshaber der ukrainischen Armee den Abzug aufgrund fehlender Befehle nicht begonnen habe.
13.10.2016	Wegen eines schweren Sturms wird in Odessa der Notstand ausgerufen. Das Unwetter hat dort bisher vier Todesopfer gefordert.
14.10.2016	Der zivile Arm des Freiwilligenbataillons Asow gründet eine Partei mit dem Namen Nazkorpus – etwa: nationaler Körper. Die Partei entsteht aus der Zusammenlegung und Umbenennung zweier Kleinparteien – der »Bürgerbewegung Ehrliche Dinge« und der rechtsradikalen Partei »Patriot der Ukraine«. Das Parteiprogramm fordert u. a. die atomare Bewaffnung der Ukraine, die Verstaatlichung strategischer Unternehmen und die Legalisierung von Schusswaffen für Privatleute. Der für vier Jahre gewählte Vorsitzende, der bisher parteilose Parlamentsabgeordnete und Asow-Kommandeur Andryj Bilezkyj, erklärt auf dem Parteitag, das Minsker Abkommen sei eine Kapitulationserklärung. Bilezkyj ist wiederholt mit neonazistischen und antisemitischen Positionen an die Öffentlichkeit getreten.
14.10.2016	Der Abgeordnete des Blocks Petro Poroschenko, Serhyj Leschtschenko, berichtet von Korruption bei der Verhängung von Wirtschaftssanktionen der Ukraine gegen russische Firmen und Personen. Im Austausch für Geldzahlungen könnten ukrainische Firmen und Geschäftsleute z. B. russische Konkurrenten auf die Sanktionsliste setzen lassen, um einen Vorteil auf dem ukrainischen Markt zu erhalten.
15.10.2016	Präsident Petro Poroschenko besteht weiterhin auf der Umsetzung der sicherheitsrelevanten Aspekte der Minsker Vereinbarungen, bevor der politische Teil in Angriff genommen werden könne. So fordert er zunächst einen vollen Waffenstillstand, den Abzug ausländischer Kämpfer, sowie die Kontrolle der Ukraine über die ukrainisch-russische Grenze – erst dann könne der politische Prozess in Gang gesetzt und in den Separatistengebieten gewählt werden. Am Vortag hatte der ständige Vertreter Russlands bei der OSZE, Aleksandr Lukaschewitsch, umgekehrt gefordert, zunächst per Verfassungsänderung einen Sonderstatus für die umstrittenen Gebiete sowie eine Amnestie zu erlassen, bevor die Grenzkontrolle wiederhergestellt werden solle.

16.10.2016	In Donezk fällt Arsenij Pawlow, ein Kommandeur der »Volksrepublik Donezk«, einem Attentat in seinem Wohnhaus zum Opfer. Medien der »Volksrepublik« bestätigen, dass eine selbstgebaute Bombe im Aufzug des Mehrfamilienhauses explodierte und Pawlow tötete. Nach Angaben eines Journalisten der russischen Zeitung »Komsomolskaja Prawda« kommt auch ein Wachmann Pawlows ums Leben. Pawlow, der im Jahr 2014 an der Gründung der »Volksrepublik« beteiligt war, war unter dem Kampfnamen »Motorola« bekannt geworden. Der »Parlamentssprecher« Denis Puschilin beschuldigt die Ukraine, das Attentat geplant und durchgeführt zu haben.
17.10.2016	Im Internet wird ein Video veröffentlicht, in dem sich Männer in Sturmhauben zu dem Attentat auf den Kommandeur der Separatisten Arsenij Pawlow am 16. Oktober 2016 bekennen. Sie posieren vor einer ukrainischen Flagge sowie dem Banner der nationalistischen Organisation Misanthropic Division und kündigen weitere Anschläge auf Vertreter der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk an.
17.10.2016	Der EU-Botschafter in der Ukraine, Hugues Mingarelli, kündigt auf einer Sitzung mit Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman die Entsendung von je einem EU-Experten in vier ukrainische Ministerien an, um den Reformprozess zu unterstützen. Es handelt sich um die Ministerien für Finanzen, wirtschaftliche Entwicklung, Infrastruktur und Landwirtschaft.
17.10.2016	Per Erlass verlängert Präsident Petro Poroschenko die Wirtschaftssanktionen der Ukraine gegen russische Firmen und Personen um ein Jahr und erweitert die Liste um 335 Personen und 167 Firmen.
18.10.2016	Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Präsidenten Russlands, der Ukraine und Frankreichs einigen sich auf ein Treffen im Normandie-Format. Es wird für den Abend des 19. Oktober in Berlin angesetzt.
19.10.2016	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman kündigt an, dass Soldaten, die durch ihre Beteiligung an der »Anti-Terror-Operation« (ATO) ein Recht auf vom Staat bereitgestellte Wohnungen erworben haben, in Zukunft anstelle einer Wohnung eine Geldzahlung erhalten werden. So solle Missbrauch vorgebeugt werden. Im Dezember 2015 war bekannt geworden, dass eine Baufirma, die im staatlichen Auftrag bei Kiew einen Wohnkomplex für »ATO«-Teilnehmer errichtet hatte, die Wohnungen zum freien Verkauf angeboten hatte.
20.10.2016	Am frühen Morgen endet das Treffen der Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Russlands, der Ukraine und Frankreichs in Berlin. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko erklärt, man habe sich darauf geeinigt, auf Ebene der Arbeitsgruppen im Minsker Prozess eine gesetzliche Grundlage für die Lokalwahlen im Donbass vorzubereiten. Bis Ende November wolle man zudem einen Fahrplan für die Umsetzung aller Vereinbarungen von Minsk ausarbeiten. Außerdem solle eine Polizeimission der OSZE eingerichtet werden. Der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, die Mission der OSZE solle an den Orten, wo schwere Waffen untergebracht sind, verstärkt werden.
20.10.2016	Das Parlament stimmt in erster Lesung für eine Resolution, die einen Vorschlag zur Diätenerhöhung der Abgeordneten enthält. Das Gehalt soll verdoppelt werden. So sollen die Einkünfte des Parlamentsprechers von etwa 20.000 auf etwa 40.000 Hrywnja (etwa 1400€) steigen.
20.10.2016	Das ukrainische Parlament verabschiedet zeitgleich mit dem polnischen Parlament eine »Deklaration der Erinnerung und der Solidarität«. In dem Dokument erklären beide Staaten, sie hätten aufgrund russischer imperialistischer Politik Tragödien durchlebt. Dabei wird insbesondere der Molotow-Ribbentrop-Pakt hervorgehoben. Auch die heutige russische Politik gegenüber der Ukraine wird in dem Dokument kritisiert.
21.10.2016	Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko berichtet von umfassenden Durchsuchungen bei Mitarbeitern der staatlichen Eisenbahngesellschaft Ukrsalysnizja. Es stehen Korruptionsvorwürfe gegen den Konzern im Raum. Durch die Zahlung überhöhter Preise für angekaufte Waren habe er den Staat um dutzende Millionen Hrywnja geprellt. Luzenko erklärt, bei den Durchsuchungen seien bereits 1,5 Millionen US-Dollar sichergestellt worden.
21.10.2016	Russland erteilt den Forderungen der Ukraine nach Auslieferung der in Russland inhaftierten ukrainischen Staatsbürger Oleksandr Koltschenko und Oleh Senzow eine Absage. Beide waren im Jahr 2015 zu langen Haftstrafen verurteilt worden. Ihnen wurde die Vorbereitung von Terroranschlägen auf der Krim und die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.

21.10.2016	Außenminister Pawlo Klimkin erklärt, dass die Minsker Vereinbarung eine Übernahme der Kontrolle über die ukrainisch-russische Grenze im Donbass durch ukrainische Grenzschützer erst nach Durchführung der Wahlen im Donbass vorsehe. Bis dahin solle die Grenze durch die OSZE kontrolliert werden. Zuvor hatten ukrainische Vertreter stets darauf bestanden, die Kontrolle über die Grenze wiederzuerlangen, bevor der politische Teil des Minsker Friedensabkommens – und damit auch die Lokalwahlen im Donbass – in Gang gesetzt werden könne.
22.10.2016	Der Inlandsgeheimdienst SBU beordert eine belarussische Passagiermaschine, die auf dem Weg von Kiew nach Minsk war, zurück nach Kiew. An Bord befand sich der armenische Staatsbürger und ehemalige Teilnehmer des »Antimaidan« Armen Martirosjan. Der Geheimdienst gibt bekannt, dass die Gefahr bestanden habe, Martirosjan hätte sicherheitsrelevante Informationen außer Landes schaffen können. Der Passagier konnte nach einer Durchsichtung durch den Geheimdienst weiterreisen. Belarus fordert unterdessen von der Ukraine eine Entschuldigung und eine Kompensationszahlung für entstandene Verluste.
23.10.2016	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman spricht sich gegen eine Diätenerhöhung für Parlamentsabgeordnete aus. Das Parlament hatte am 20. Oktober 2016 in erster Lesung für einen Vorschlag über die Verdopplung der Bezüge gestimmt. Hrojsman erklärt, dass die Regierung die entsprechenden Teile der Resolution des Parlaments nicht übernehmen werde.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Ukraine-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Heiko Pleines

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

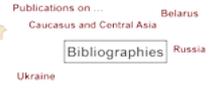
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>